

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 4

49. Jahrgang

April 1995

Die Spannung zwischen religiösem Wahrheitsanspruch und Toleranzideal ist nicht aufzuheben.

Reinhart Hummel

Multireligiöses Abendland

„Untergang des Abendlandes?“ – so war bezeichnenderweise ein FAZ-Artikel aus Anlaß der offiziellen Einweihung von Deutschlands bislang größter Moschee Anfang März in Mannheim überschrieben. Tatsächlich ist bei uns derzeit vom Abendland oder auch vom christlichen Abendland am ehesten dann die Rede, wenn es um Formen und Folgewirkungen der Präsenz nichtchristlicher Religionen, besonders des Islam, in Europa geht. Der Verweis auf das Abendland und seine kulturell-religiöse Prägung durch das Christentum in diesem Zusammenhang ist teilweise eine ideologische Bemäntelung massiver Vorurteile gegen alles Fremde, weit häufiger Ausdruck diffuser Ängste und Unsicherheiten. Er macht aber in jedem Fall auf ein Problem aufmerksam, das sich nicht einfach mit Dialogrhetorik und interreligiösem Verständigungseifer aus der Welt schaffen läßt.

Zumindest zahlenmäßig ist der *Islam* der gewichtigste neue Faktor in der religiösen Landschaft des westlichen Europa. Zum Teil als Erbstück der kolonialen Vergangenheit (England, Frankreich), zum Teil als Folge von Wirtschaftsmigration (Deutschland, Belgien) sind die Muslime inzwischen überall zur stärksten Religionsgemeinschaft nach den großen christlichen Kirchen geworden. Immer häufiger treten in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern Minarette neben die gewohnten Kirchtürme und machen deutlich, daß der Islam in Westeuropa aus dem Stadium einer Gastarbeiterreligion herauszuwachsen beginnt.

In anderer Weise als der Islam sind in Europa die *großen asiatischen Religionen*, besonders der Buddhismus, teilweise aber auch der Hinduismus, präsent. Sie können keine großen Zahlen von festen Anhängern vorweisen, prägen aber das

religiöse Gesamtklima nicht unerheblich mit, wenn auch vielfach eher indirekt. Östliche Meditationsformen werden vielerorts gepflegt, die Reinkarnationsvorstellung mit ihren asiatischen Quellen gewinnt zunehmend an Plausibilität gegenüber dem christlichen Jenseitsglauben. Buddhismus und Hinduismus haben für nicht wenige Europäer den Reiz des Exotischen, Unbekannten und lassen sich gleichzeitig in das eigene religiöse Weltbild integrieren, bei dem der therapeutische Nutzen religiöser Angebote im Vordergrund steht, während die christliche Überlieferung und die Großkirchen als derer maßgebliche Träger als dogmatisch und institutionell verkrustete Größen erscheinen.

Immer mehr Menschen geraten in eine religiöse Grauzone

Das quantitativ wie einflußmäßig größere Gewicht nichtchristlicher Religionen in Europa fällt mit einer *Schwächung der großen Kirchen* und einem Verlust an christlicher Traditionssubstanz bzw. klar umrissener konfessioneller Identität zusammen, ohne daß man allerdings ein einfaches Ursache-Wirkungsverhältnis zwischen den beiden Phänomenen konstruieren dürfte. Quer durch das westliche Europa, bei Katholiken wie Protestanten und Anglikanern, lockert sich die Bindung an die Glaubensüberlieferung und an die Kirche als Institution weiter oder verharrt auf dem schon seit längerer Zeit gewohnten niedrigen Niveau. Darunter leidet zumindest tendentiell die öffentliche Rolle der großen Kirchen, während gleichzeitig immer mehr Men-

schen in eine religiös-weltanschauliche Grauzone zwischen christlicher Rest- oder Minimalprägung, völliger Säkularität und neuen religiösen Einflüssen heimischer oder fremder Herkunft geraten.

Damit ist nicht gesagt, die christlichen Kirchen würden in Europa ihren Vorsprung bei der Zahl der Mitglieder bzw. Gläubigen gegenüber anderen Religionsgemeinschaften in absehbarer Zeit verlieren. Die allermeisten Westeuropäer, die sich bewußt oder unmerklich von der Kirche und vom christlichen Glauben abwenden, schließen sich keiner anderen Religionsgemeinschaft fest an: So gaben bei der jüngsten EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft nur neun Prozent der befragten Ausgetretenen an, sie hätten die Kirche verlassen, weil sie eine andere religiöse Überzeugung gefunden hätten. Die Mitgliederzahlen nichtchristlicher Religionen könnten im westlichen Europa in den nächsten Jahren am ehesten durch weitere Zuwanderung deutlich anwachsen; aber Zuwanderung im größeren Stil wird derzeit nirgendwo politisch gewollt.

Dazu kommt, daß auch bei den Anhängern nichtchristlicher Religionen im westlichen Europa Veränderungen wenn nicht schon jetzt zu registrieren, so doch möglicherweise für die nächste Zukunft zu erwarten sein könnten. Nach Aufklärung und Emanzipation entwickelte sich im Westeuropa des 19. Jahrhunderts ein assimiliertes Judentum, sei es mehr liberalen oder mehr konservativen Zuschnitts. Natürlich hinkt der Vergleich mit der heutigen Situation des Islams in mehrfacher Hinsicht: Aber vielleicht entsteht in Europa in der nächsten oder übernächsten Generation ehemaliger Zuwanderer aus der Türkei, dem Maghreb oder Pakistan so etwas wie ein „assimilierter“, auf das kulturelle und soziale Umfeld Deutschlands, Frankreichs oder Englands zugeschnittener Islam. Allerdings ist auch nicht auszuschließen, daß als Folge von Entwicklungen in islamischen Ländern oder als Reaktion auf Anpassungs- und Assimilationstendenzen gegenläufige, auf Identitätsbewahrung und Abgrenzung von der pluralistischen Umwelt zielende Tendenzen Zulauf bei europäischen Muslimen bekommen.

Der rechtliche Rahmen ist flexibel genug

Differenzierungen sind im übrigen nicht nur im Blick auf die nichtchristlichen Religionen in Europa angebracht, sondern auch bei den Ländern, in denen sie inzwischen unübersehbar präsent sind. Es gibt nicht einfach *das* christliche Abendland, sondern dieses besteht aus konfessionell und religionsrechtlich unterschiedlich geprägten Staaten. Man denke nur an den Streit um die islamischen Kopftücher in *Frankreich*: Er konnte sich in dieser Schärfe nur in einem Land abspielen, das eine lange Geschichte der Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Laizisten hinter sich hat und immer noch stark vom Grundsatz der „laïcité“ geprägt ist. Daß in *Österreich* der Islam den anderen Religionsgemeinschaften rechtlich gleichgestellt ist, hängt mit einem Gesetz aus der Zeit

der Monarchie zusammen, das als Folge der Annexion von Bosnien-Herzegowina nötig wurde.

Dennoch gibt es auch Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Ländern, die im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten mit christlicher Bevölkerungsmehrheit deutlich werden. In den USA galt von der Staatsgründung an Religionsfreiheit, waren Kirche und Staat strikt getrennt. Gleichzeitig entstand aber eine aus christlichen Antrieben gespeiste „civil religion“, ein religiös überhöhter Patriotismus, der als verbindendes Element für die schon immer stark fragmentierte religiöse Landschaft dient oder zumindest dienen soll. Kanada und Australien wiederum haben das Nebeneinander verschiedener Kulturen zum Staatsziel erklärt und sind heute auch de facto schon in einem Maß „multikulturell“, und damit auch „multireligiös“, wie es für die Länder des westlichen Europa jedenfalls auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist.

Die heutige Zuordnung von Staat und Religionsgemeinschaften in Europa ist Ergebnis und damit auch Spiegelbild einer *langen und spannungsreichen Geschichte*. Zu ihr gehören die mittelalterlichen Auseinandersetzungen zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt unter dem Dach der christlichen Welt- und Lebensordnung ebenso wie die abendländische Glaubensspaltung mit ihren Folgewirkungen (Konfessionalismus, Religionskriege) und die Aufklärung mit ihrer Toleranzidee und ihren staatskirchlichen Tendenzen. Die Entwicklung führte schließlich hin zum demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat, der religiös-weltanschaulich neutral ist, seinen Bürgern die Religionsfreiheit als Grundrecht garantiert, zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften auf der Basis der verfassungsmäßigen Ordnung bereit ist und gleichzeitig ihre Selbständigkeit und Selbstbestimmung respektiert.

Dieser Rahmen bietet grundsätzlich sowohl den großen christlichen Mehrheitskirchen wie kleineren Kirchen und Sondergemeinschaften und auch nichtchristlichen Religionsgemeinschaften Wirkungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Der teilweise größer gewordene religiöse Pluralismus im westlichen Europa kann bzw. sollte deshalb kein Anlaß sein, die entscheidenden und als solche bewährten Koordinaten im Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften zur Disposition zu stellen. Sie sind vielmehr flexibel genug, um neuen Entwicklungen wie etwa der stärkeren Präsenz des Islam im westlichen Europa gerecht werden zu können.

Wie die rechtlichen Regelungen für die verschiedenen Religionsgemeinschaften bzw. auf den verschiedenen Problemfeldern im einzelnen aussehen, hängt weitgehend von der jeweiligen Situation in den einzelnen Ländern und ihrer staatskirchen- bzw. religionsrechtlichen Tradition ab. So steht in Deutschland derzeit vor allem die Frage des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen an (vgl. HK, November 1994, 580 ff.); noch offen ist auch, unter welchen Bedingungen die muslimische Religionsgemeinschaft den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhalten kann. In jedem Fall setzen rechtliche Regelungen im Ver-

hältnis zwischen Staat und nichtchristlichen Religionsgemeinschaften voraus, daß sich die jeweilige Gruppierung in den vorgegebenen Rahmen einfügen will und zur Kooperation mit den entsprechenden staatlichen Stellen bereit ist.

Dahinter verbirgt sich die grundsätzliche Frage, ob sich im Zusammenhang mit der schon erreichten bzw. für die nächste Zeit zu erwartenden neuen Stufe des religiösen Pluralismus im westlichen Europa Stellenwert und Funktion von Religion in der Gesellschaft gegenüber dem status quo entscheidend verändern werden. Entsprechende Vermutungen oder auch handfeste Befürchtungen gibt es derzeit durchaus; sie gehen weithin in die gleiche Richtung und stehen meist im Zusammenhang mit dem Islam in Europa bzw. dessen Verbindungen zu den Herkunftsländern der europäischen Muslime und dortigen religiös-politischen Konflikten. Zugespißt formuliert: Stehen uns verschärfte Auseinandersetzungen zwischen und mit intoleranten religiösen Gruppierungen bevor, die integralistische Vorstellungen vertreten und ihre Identität ohne Rücksicht auf das gesellschaftliche Zusammenleben behaupten wollen?

Der Stellenwert von Religion wird sich nicht grundlegend verändern

Zweifellos gilt, daß auch in liberalen Gesellschaften „Grenzbeziehungen zwischen Glauben und Wissenschaft, Moral und Gesetz, öffentlicher und privater Sphäre, Religion und Politik immer umkämpfte symbolische Ordnungen“ bleiben. „Solche Unterscheidungen sind schließlich keine ‚natürlichen‘ Gegebenheiten, sie müssen gelernt werden, historisch, sozial und biographisch“ (Otto Kallscheuer). An Streitpunkten, offenen Fragen und Unklarheiten im Blick auf diese Unterscheidungen fehlt es in Europa derzeit ganz und gar nicht. So ist der Zusammenhang von Moral und Gesetzgebung vielerorts strittig (man denke nur an die Diskussion über Abtreibungsgesetzgebung, aktive Sterbehilfe oder Bioethik), wird innerhalb der christlichen Kirchen kontrovers darüber diskutiert, wie der Glaube für die Lösung politischer Probleme fruchtbar gemacht werden kann. Es steht nicht zuletzt auch die Frage im Raum, inwieweit Aufrechterhaltung und Stabilisierung einer freiheitlich-pluralistischen Ordnung auf religiöse Antriebskräfte angewiesen sind.

Allerdings sieht es nicht danach aus, als würde die stärkere Präsenz nichtchristlicher Religionen in Europa zum entscheidenden Kristallisationspunkt für grundlegende Veränderungen in diesem einigermaßen labilen Gefüge. Zum einen herrscht in Deutschland wie anderswo in westeuropäischen Gesellschaften eine *Grundstimmung* in bezug auf das Thema Religion, die das Aufleben religiös motivierter Streitigkeiten und Konflikte nicht begünstigt, sondern eher dämpfend wirkt, allerdings auch einigermaßen hilflos macht: Man ist in der Regel skeptisch bis ablehnend gegenüber fest umrissenen religiösen Wahrheitsansprüchen (und dementsprechend schnell auch mit dem Fundamentalismusvorwurf

bei der Hand!), pflegt einen mehr oder weniger ausgeprägten Eklektizismus im Umgang mit religiösen Traditionen und beurteilt Religion vor allem nach ihrem Wert für individuelle Sinnsuche und Lebensgestaltung.

Zum anderen besteht nach wie vor ein *breiter Konsens* in den großen gesellschaftlichen Gruppen, nicht zuletzt den Kirchen, daß das heutige Gefüge von individueller Religionsfreiheit, Selbstbestimmung der Religionsgemeinschaften, freiheitlich-rechtsstaatlicher Ordnung und kulturell-religiösem Pluralismus erhaltenswert und eine für alle Seiten angemessenere Zuordnung dieser Größen nicht in Sicht ist. Diesen Konsens können kleinere oder größere religiöse Gruppen zwar immer wieder in Frage stellen oder auch zu bekämpfen versuchen; wirklich beschädigen können sie ihn aber nicht, solange er in der Breite getragen und auch aktiv vertreten und nötigenfalls verteidigt wird.

Für die *Kirchen* ergeben sich in dieser Situation Aufgaben, die teilweise in einer gewissen Spannung zueinander stehen. Sie müssen sich in einer religiösen Konkurrenzsituation behaupten und dabei zum einen darauf achten, daß das unverwechselbare Profil ihrer Botschaft erhalten bleibt und nicht in einem religiösen Einheitsbrei verschwindet, zum anderen aber auch den Dialog und die Zusammenarbeit mit den nichtchristlichen Religionsgemeinschaften anbieten. Ob und wie dieses Angebot angenommen wird, ist natürlich eine andere Sache.

Sie müssen das Grundrecht auf Religionsfreiheit als Element des demokratischen Rechtsstaats verteidigen und den religiösen Pluralismus als Konsequenz daraus akzeptieren, gleichzeitig aber auch an die christlichen Wurzeln der politischen und sozialen Ordnung der westlichen Welt, vor allem auch Europas, erinnern. Sie sollen an ihrem Öffentlichkeitsanspruch und ihrer Anwaltschaft für das Humanum festhalten, müssen sich aber gleichzeitig darüber im klaren sein, daß sie nur eine Stimme unter anderen sind.

Das „Abendland“ oder auch das „christliche Abendland“ war seit der Romantik immer mehr Wunsch als Wirklichkeit; die Rede davon war Ausdruck einer Sehnsucht nach einer neuen kulturell-religiösen Synthese, Beschwörung einer großen Vergangenheit oder auch Überhöhung durchaus handfester politischer Zielvorstellungen. Heute präsentiert sich das Abendland weithin als nachchristlich-säkular, mit christlichen wie nichtchristlichen religiösen Einsprengseln unterschiedlicher Größenordnung, Ausstrahlung und gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz. Das Hauptproblem für die kommende Zeit dürfte deshalb nicht darin bestehen, wie das westliche Europa mit den nichtchristlichen Religionsgemeinschaften in seiner Mitte zurechtkommt, auch wenn hier etliche Fußangeln liegen und viele Fragen offen sind. Entscheidend wird vielmehr sein, ob und wie in Europa der „Sinn und Geschmack für das Unendliche“ (*Schleiermacher*) erhalten bleibt, also das Bewußtsein für die Dimension, in der die Auseinandersetzung um religiöse Wahrheitsansprüche und mit ihnen überhaupt erst angemessen stattfinden kann.

Ulrich Ruh